

**Beschlüsse, Vorschläge, Stellungnahmen aus der 4. Sitzung
der Bezirksvertretung 1 – Innenstadt am 27.01.2005**

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

- 3.1.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Umdrehung der Einbahnstraße An der Münze
DS-Nr. 0004/105
-

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen worden.

- 3.1.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Gleise Bonner Straße
DS-Nr. 0005/105
-

„Die Gleise des ehemaligen KVB-Bahnkörpers in der Bonner Straße zwischen
Chlodwigplatz und Bonner Wall sind provisorisch komplett aufzufüllen.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig den Antrag.

- 3.1.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einrichtung eines Radfahrerschutzstreifens auf der Justinianstraße
und Gotenring
DS-Nr. 0006/105
-

„Auf der Justinianstraße und dem Gotenring wird in beiden Fahrtrichtungen ein Rad-
fahrerschutzstreifen eingerichtet.“

Herr Schenk teilt mit, dass die CDU-Fraktion den TOP 3.1.11 zurückzieht, da TOP
3.1.3 weitergehend ist.

Herr Rickers teilt mit, dass beide Stellen (Justinianstraße und Gotenring) vorab geprüft wurden. Die Verwaltung hat bereits vor 10 Jahren hierzu eine Stellungnahme abgegeben mit dem Inhalt, dass kein Radfahrerschutzstreifen eingerichtet werden kann.

Er schlägt folgende Ergänzung des Beschlusstextes vor:

„..., oder falls dies nicht möglich sein sollte, eine andere für die Radfahrer/innen sichere Lösung zu finden und dies der Bezirksvertretung 1 – Innenstadt wieder vorzustellen.“

Herr Schenk bittet, dass der Vorschlag der Verwaltung der Bezirksvertretung Innenstadt bis spätestens zum Sommer 2005 vorgelegt wird.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig den Antrag mit der vorgeschlagenen Ergänzung von Herrn Rickers und Herrn Schenk.

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion Beleuchtung im Klingelpützpark DS-Nr. 0012/105

„Wir bitten die Verwaltung, im Klingelpützpark für eine ausreichende Beleuchtung des Weges entlang der Grund- und Hauptschule Gereonswall zu sorgen.“

Herr Rickers bezieht sich auf einen Beschluss des Ausschusses für Landschaftspflege und Grünpflege aus der letzten Legislaturperiode, dass Grünflächen nicht beleuchtet werden.

Diese Beleuchtung könnte aus Sponsoring oder aus bezirksorientierten Mitteln finanziert werden. Die reinen Energiekosten betragen 2.030 € pro Jahr. Hinzu kommen noch Gelder für Wartung und Reparaturen.

Herr Görzel hält diesen Beschluss für skandalös.

Herr Zumsteg schlägt vor, den Ausschuss zu bitten, sich mit diesem Thema noch einmal zu beschäftigen und zu einer anderen Lösung zu kommen.

Frau Dr. Börschel merkt an, dass es sich hier nicht um einen beliebigen Weg durch eine Grünanlage handelt, sondern um einen Verkehrsweg.

In Fußgängerzonen wird auch nicht die Beleuchtung abgeschaltet. Es ist ein faktisch von nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern genutzter Weg, um die stark befahrene Kyotostraße zu meiden.

Frau Nauwerk weist auf den damals bei der Beschlussfassung dieser Einsparmaßnahme gemachten Hinweis der Bezirksvertretung hin, bei Schulwegen u. ä. eine Ausnahme zu machen.

Der Schulweg ist ein Gewohnheitsweg. Aus Sicherheits- und Präventionsgründen sollte hier die Beleuchtung eingeschaltet werden.

Herr Schenk bekräftigt die Aussage von Frau Dr. Börschel, dass es sich hier nicht um einen Spazierweg durch eine Grünanlage sondern um einen Verbindungsweg handelt. Diese andere Funktion hebt für diesen Weg den Beschluss des Ausschusses im Grunde genommen auf.

Herr Hupke bittet, dass die Verwaltung der Bezirksvertretung 1 – Innenstadt den Beschluss des Ausschusses zur Niederschrift zur Verfügung stellt.

Herr Reiferscheid bittet, den Antrag unmittelbar dem Ausschuss vorzulegen. Außerdem bittet er den Bezirksvorsteher, in einem Schreiben die Argumentation weiter auszuführen, als es hier möglich ist.
Er bittet um einen umfangreichen Protokollauszug.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig den Antrag:

„Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt bittet den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün, im Klingelpützpark für eine ausreichende Beleuchtung des Weges entlang der Grund- und Hauptschule Gereonswall zu sorgen.“

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion
Parken in der Fußgängerzone Andreaskloster
DS-Nr. 0013/105

„Die Verwaltung wird gebeten, durch geeignete Maßnahmen das Parken von Kraftfahrzeugen in der Fußgängerzone „Andreaskloster“ nördlich der Kirche St. Andreas zu unterbinden.“

Es findet hierzu mit allen beteiligten Fachämtern noch ein Ortstermin statt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig den Antrag.

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion
Verkehrsfläche FußgängerInneninsel Ecke Tunisstr.-Minoritenstr.
DS-Nr. 0014/105

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig die Vertagung des Antrages.

3.1.7 Antrag der CDU-Fraktion
Taxisituation in der Altstadt
DS-Nr. 0015/105

„Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt bittet die Verwaltung, den Taxiverband nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass sie im Innenstadtbereich, vor allem in der Altstadt, auf den dafür vorgesehenen Taxihalteplätzen nur in der dort angeführten Anzahl parken dürfen.

Des Weiteren sollen die Taxifahrer darauf hingewiesen werden, in den Nachtstunden das Ruhebedürfnis der Bevölkerung zu beachten und keine laute Konversation an den Taxihaltstellen zu führen.

Die Verwaltung wird außerdem gebeten, die Taxihaltstellen vor allem in der Altstadt zu überprüfen.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig den Antrag.

3.1.8 Antrag der CDU-Fraktion
Kundenzentrum am Laurenzplatz
DS-Nr. 0016/105

„Die Verwaltung wird gebeten, aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen bezüglich des Publikumsverkehrs im Kundenzentrum am Laurenzplatz das bisherige Verfahren zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern.“

Herr Mevenkamp zieht den Antrag aufgrund der Begründung der Verwaltung zurück.

Die Verwaltung hat ihm erklärt, dass Kunden, die ohne Termin kommen, in der Zeit, wo Termine vereinbart werden sollen, lange warten müssen.

Außerdem fehlt im Kundenzentrum des Bezirks Innenstadt noch das Personal der Meldehalle Rodenkirchen, die aufgelöst werden soll.

Herr Mevenkamp bittet die Verwaltung darauf zu achten, dass diese zu langen Wartezeiten nicht mehr vorkommen.

Herr Fuchs teilt mit, dass das Thema Sparen in den Meldehallen und Kundenzentren im Haushaltssicherungskonzept als Haushaltssicherungsmaßnahme hinterlegt ist. Dahinter steht eine 25%ige Sparquote des Personals in allen Meldehallen, die durch Einrichtung von 5 Kundenzentren erreicht werden soll.

Bisher konnte aus vergaberechtlichen Problemen nur das Kundenzentrum Innenstadt eingerichtet werden. Damit konnte noch keine Meldehalle geschlossen und dessen Personal in den Kundenzentren zusammengezogen werden.

Bis zur Schließung der Meldehallen wird die Verwaltung Maßnahmen ergreifen, um die Situation zu entspannen. Es wird Personal aus anderen Meldehallen im Kundenzentrum Innenstadt bei Bedarf eingesetzt.

3.1.9 Antrag der CDU-Fraktion
Bevorzugte Behandlung von Rollstuhlfahrern im Bürgerzentrum
DS-Nr. 0017/105

„Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt bittet die Verwaltung, eine Möglichkeit zu finden, schwerbehinderten Rollstuhlfahrern einen schnelleren Zugang zu den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern im Kundenzentrum am Laurenzplatz zu ermöglichen.“

Herr Mevenkamp ändert den Antrag:

Anstatt „schwerbehinderte Rollstuhlfahrer“ soll es heißen:
„Schwerstbehinderten und Hochschwangeren“.

Der Antrag wurde gestellt, da es einen Fall im Kundenzentrum Innenstadt gegeben hat, bei dem trotz Intervention der Behinderte nicht vorrangig behandelt wurde.

Herr Kuhl regt an, eine „angemessene Behandlung“ zu fordern und den Schwerbehinderten-Beauftragten der Stadt Köln mit einzubeziehen.
Außerdem bittet er um die Formulierung „mobilitätseingeschränkte Behinderte“.

Herr Fuchs teilt mit, dass die Einrichtung des Kundenzentrums vom Schwerbehinderten-Beauftragten der Stadt Köln begleitet wurde.
Der Vorfall war ein bedauerlicher Einzelfall. Die Mitarbeiter/innen sind dazu angehalten und tun es auch von sich aus, Schwerstbehinderte und Schwangere bevorzugt zu behandeln, wenn sie dies wünschen. Dies sollte eine Selbstverständlichkeit für alle Bediensteten der Stadt Köln sein.

Herr Mevenkamp ändert die Formulierung in „auf Wunsch“.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt den Antrag einstimmig mit den beiden Ergänzungen:

„Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt bittet die Verwaltung, eine Möglichkeit zu finden, Schwerstbehinderte und Hochschwangere auf Wunsch einen schnelleren Zugang zu den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern im Kundenzentrum am Laurenzplatz zu ermöglichen.

Der Schwerbehinderten-Beauftragte der Stadt Köln soll in das Verfahren mit eingebunden werden.“

3.1.10 Antrag der CDU-Fraktion
Behindertenparkplatz Gotenring vor der Hausnummer 22
DS-Nr. 0018/105

Der Antrag hat sich erledigt.

3.1.11 Antrag der CDU-Fraktion
Fahrradschutzstreifen auf dem Gotenring in beiden Fahrtrichtungen
DS-Nr. 0019/105

Der Antrag hat sich durch Beschlussfassung unter TOP 3.1.3 erledigt.

3.1.12 Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen
Beteiligung der Bezirksvertretungen in den Beiräten der Sparkasse
Köln/Bonn
DS-Nr. 0025/105

„Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat eine Beschlussvorlage zuzuleiten, wonach den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Sparkasse Köln/Bonn empfohlen wird, den Vorstand der Sparkasse zu beauftragen, eine Konzeption für die Bildung von Regionalbeiräten der Sparkasse vorzulegen, die eine breitere Beteiligung der Bezirksvertretungen vorsieht, als bisher vorgesehen.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig den Antrag.

4.2.1 Antrag der CDU-Fraktion
Hilfe für Suchtpatienten
DS-Nr. 0049/104

Der Antrag hat sich aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

4.2.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Werbesatzung in der Innenstadt
DS-Nr. 0063/104

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

„Die Bezirksvertretung beschließt, ihrem Wunsch Ausdruck zu verleihen, grundsätzlich keine weiteren Werbeanlagen in der Innenstadt zuzulassen. Ausnahmen können Werbeanlagen sein, die nur kurzfristig installiert werden, um auf Veranstaltungen u. ä. hinzuweisen.

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, ein Konzept der Umsetzung dieses Wunsches vorzulegen.“

Frau Dr. Reimers wünscht sich eine grundsätzliche Lösung, die Werbeflut einzudämmen.

Herr Mevenkamp schlägt vor, sich mit den Vertretern der Verwaltung zusammenzusetzen, um eine Lösung zu finden.

Er bittet, den Antrag in die nächste Sitzung zu vertagen.

Frau Dr. Reimers ist damit einverstanden, wenn dieses Gespräch auch tatsächlich stattfindet.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig die Vertagung.

4.2.3 Antrag der CDU-Fraktion

Planfeststellungsverfahren Stadtbahnlinie 12 zwischen Salierring und Höninger Platz
DS-Nr. 0009/105

„Die Verwaltung wird beauftragt, nicht nur den von uns schon seit langem geforderten endgültigen Haltestellenumbau der Stadtbahnlinie 12, sondern auch die begleitenden Straßenbaumaßnahmen mit höchster Priorität voranzutreiben. Als Baubeginn ist hier spätestens der Sommer 2005 vorzusehen; die Ausführungsplanung ist den zuständigen politischen Gremien kurzfristig vorzulegen.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion den Antrag.

4.2.4 Antrag der CDU-Fraktion

Vergünstigtes Parken in innerstädtischen Parkhäusern über Nacht
DS-Nr. 0020/105

„Die Verwaltung wird gebeten, mit der Firma Kalscheuer Kontakt aufzunehmen und sie zu bitten, in den Parkhäusern „An Groß St. Martin“ und „Heumarkt“ verbilligte Parkgebühren (€ 5.00 für die Zeit von 19.00 Uhr bzw. 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr) anzubieten.“

Frau Dr. Reimers stellt hierzu folgenden mündlichen Ergänzungsantrag:

„Es dürfen im Zusammenhang mit den Parkhäusern keine zusätzlichen Kosten oder Mindereinnahmen für die Stadt entstehen.“

Herr Zumsteg regt an, auch die Gebühren im Parkhaus am Dom im Sinne des Antrages zu überprüfen.

Herr Hupke schlägt vor, dass die Verwaltung mit den Betreibern der Parkhäuser verhandelt und dass das Ergebnis zur Beratung der Bezirksvertretung vorgelegt wird.

Herr Mevenkamp schlägt vor, den Antrag so lange zu vertagen, bis die Verwaltung das Ergebnis vorlegt.
Er bittet die Verwaltung, dies ernsthaft zu prüfen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig die Vertagung der Beschlussvorlage.

5.1 Neueinrichtung einer Tempo 30-Zone „Neustadt-Nord“
DS-Nr. 0056/104

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig die Beschlussvorlage (Punkt 5 der Alternative):

„Die Verwaltung wird beauftragt, im Quartier Neustadt-Nord eine Tempo 30-Zone einzurichten.

Bei der Einrichtung der Zone sind folgende Maßnahmen vorzusehen:

1. Ausweisung der Tempo 30-Zone im Quartier innerhalb Theodor-Heuss-Ring – Konrad-Adenauer-Ufer – Elsa-Brändström-Straße – Riehler Straße
2. Einführung der „Rechts vor Links“ – Vorfahrtregelung an den folgenden Knotenpunkten:
 - Clever Straße/Mevissenstraße
 - Clever Straße/Wörthstraße
 - Clever Straße/Sedanstraße
 - Wörthstraße/An der Münze
3. Abbau der Lichtsignalanlage an der Kreuzung Clever Straße/Wörthstraße
4. Aufhebung der Sperrung des Rechtsabbiegers von der Riehler Straße in die Clever Straße
5. Aufhebung der Einbahnstraßenregelung im Einmündungsbereich An der Münze/Theodor-Heuss-Ring
6. Aufhebung der Beschilderung „Durchfahrt verboten, Anlieger frei“ (VZ 250 StVO) an den Zufahrten

7. Neuordnung des ruhenden Verkehrs
 - auf der Clever Straße im Abschnitt zwischen Theodor-Heuss-Ring und Wörthstraße
 - auf der Wörthstraße im Abschnitt zwischen Riehler Straße und Clever Straße
 - im gesamten Kreuzungsbereich Theodor-Heuss-Ring/Sedanstraße/An der Münze
8. Öffnung folgender Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung:
 - Oppenheimstraße
 - Worringer Straße
 - Mevissenstraße
 - Belfortstraße
 - An der Münze
 - Sedanstraße
9. Information der betroffenen Anwohner über die neue Regelung durch Faltblätter vor Einrichtung der Tempo 30-Zone.“

5.2 Errichtung eines MegaLight Wandwechslers der Außenwerbung Zimmermann GmbH (Moltkestraße 67)
DS-Nr. 0020/004

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Gülsen (PDS) bei Stimmenthaltung von Herrn Schenk (CDU-Fraktion) die Vorlage:

„Die Bezirksvertretung 1 beschließt die Errichtung eines MegaLight Wandwechslers am Gebäude Moltkestraße 67 in Köln-Innenstadt entsprechend den Eintragungen im Lageplan der Anlage 1.“

5.3 Errichtung eines MegaLight Wandwechslers der Firma Ströer City Marketing GmbH (Luxemburger Straße 88)
DS-Nr. 0021/004

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Gülsen (PDS) bei Stimmenthaltung von Herrn Schenk (CDU-Fraktion) die Vorlage:

„Die Bezirksvertretung 1 beschließt die Errichtung eines MegaLight Wandwechslers am Gebäude Luxemburger Straße 88 in Köln-Innenstadt entsprechend den Eintragungen im Lageplan der Anlage 1.“

- 5.4 Errichtung eines MegaLight Wandwechslers der Firma Ströer City Marketing GmbH (Darmstädter Straße 2a)
DS-Nr. 0032/104
-

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Gülsen (PDS) bei Stimmenthaltung von Herrn Schenk (CDU-Fraktion) die Vorlage:

„Die Bezirksvertretung 1 beschließt die Errichtung eines MegaLight Wandwechslers am Gebäude Darmstädter Straße 2a (Gebäudeseite Bonner Straße) in Köln-Altstadt/Süd entsprechend den Eintragungen im Lageplan der Anlage 1.“

- 5.5 Kaiserin-Augusta-Schule, Georgsplatz 10, 50676 Köln
Erneuerung des Fachraumes Werken/Kunst inkl. Nebenraum (Räume 015 und 016)
DS-Nr. 0072/104
-

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig die Vorlage:

„Die Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) beschließt die Erneuerung des Fachraumes Werken/Kunst (Räume 015 und 016) des Gymnasiums Georgsplatz 10, 50676 Köln, bei Gesamteinrichtungskosten (inkl. Unterrichtsmittel) in Höhe von 77.000,00 Euro.“

- 5.6 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Ganztagsangebote für 10 – 14-jährige Schülerinnen und Schüler in Jugendeinrichtungen und Bürgerzentren
hier: Fortführung des Angebotes bis zum Schuljahresende 2004/2005
DS-Nr. 0075/104
-

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt genehmigt einstimmig die Dringlichkeitsentscheidung:

„Wir empfehlen dem Rat gem. § 36 Abs. 5 Satz 2 GO NW die Fortführung der „Ganztagsangebote für 10 – 14-jährige Schülerinnen und Schüler in Jugendeinrichtungen und Bürgerzentren“ entsprechend der vorgelegenen Beschlussvorlage.“

5.7 Haushaltsplanentwurf 2005 und 2006 mit Investitionsprogramm bis 2008
sowie Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept
DS-Nr.0010/105

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen 2 Änderungsanträge vor.

I. Gemeinsamer Ergänzungsantrag aller Fraktionen:

„Der Rat hat in seiner Sitzung am 20.07.2004 die Verwaltung u. a. beauftragt, „bei der Aufstellung der Haushaltspläne, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2005, schrittweise die Ansätze des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes, über die die Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 3 Satz 1, 2. Halbsatz GO NW entscheidungsbefugt sind, zu erhöhen.“

Dazu sind

- im Verwaltungshaushalt für die einzelnen Bezirke interne Deckungsringe zu bilden
und
- im Vermögenshaushalt Verzeichnisse von Objekten zu erstellen, die künftig von den Bezirksvertretungen bewirtschaftet werden.

Das Ziel dieser Änderung besteht darin, das Recht der Bezirksvertretungen in Angelegenheiten, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinaus geht (§ 37 Abs. 1 GO NW) durch die Übertragungen der Finanzverantwortung zu stärken. Das Volumen des Haushaltes wird dadurch nicht erhöht.“

Damit hat der Rat einen Grundsatzbeschluss zur Stärkung der Bezirksvertretungen gefasst.

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

1. Zur Erhöhung der Transparenz sind in den nachfolgenden Bereichen zusätzlich bezirkliche Hpl.-Ansätze auszuweisen:

a) Verwaltungshaushalt

- Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung städt. Liegenschaften im Stadtbezirk (UA 8800 und 8820)
- Ausgaben, die im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Bezirksvertretung zu Verkehrsführung, Einrichtung von Parkplätzen, Beschilderung usw. von Straßen mit nur bezirklicher Bedeutung zu leisten sind (UA 6300)
- Ausgaben für die laufende Unterhaltung von Schulen im Stadtbezirk (EPL 2)

- alle Sachkostenansätze der einzelnen Bürgerzentren (wie bisher) (UA 7620)
- Zuschüsse an Vereine, Verbände, Initiativen etc. im Stadtbezirk, die sich sozialen Aufgaben widmen (EPL 4)
- Gebühren für Sondernutzungserlaubnisse für Straßen, Wege und Plätze mit bezirklicher Bedeutung

b) Vermögenshaushalt

- Zuschüsse zur Erhaltung von Kunstdenkmälern, Denkmalpflege an stadteigenen Objekten (UA 3650)
- Zuschüsse an Sportvereine für investive Maßnahmen (UA 5510)
- Herrichtung von Kinderspielplätzen (UA 4601)
- Wegebau in Grünanlagen (UA 5800)

Da die v. g. Ansätze sowohl Maßnahmen mit rein bezirklicher Bedeutung als auch solche mit bezirksübergreifender Relevanz besitzen, wird die Verwaltung gebeten, eine Aufteilung der Hpl.-Mittel (nur bezirkliche Bedeutung bzw. bezirksübergreifend) auf der Basis des letzten bzw. vorletzten Jahres vorzunehmen.

2. Zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung durch die BV sind die nachfolgenden Handlungsfelder vorzusehen:

- Förderung und Unterstützung örtlicher Vereine u. ä., die sich sozialen Aufgaben widmen
- Zuschüsse an Arbeitslosenzentren und für Maßnahmen der Altenhilfe (EPL 4)
- Förderung und Unterstützung örtlicher Sportvereine (EPL 5)
- Unterhaltung von Spielplätzen

Über die Verteilung der im Haushaltsplan veranschlagten Mittel entscheidet derzeit der Fachausschuss gemäß Zuständigkeitsordnung. Sofern es sich um Vereine mit nur bezirklicher Bedeutung handelt, liegt das Entscheidungsrecht aber bei der Bezirksvertretung (z. B. Förderung Freier Träger Jugendhilfe, Spielplatzmaßnahmen).

Diese Handlungsfelder beinhalten ebenfalls Maßnahmen mit rein bezirklicher bzw. mit überbezirklicher Bedeutung. Die Verwaltung wird gebeten, eine Differenzierung vorzunehmen, entsprechende Mittelumschichtungen auszuweisen und ggf. Änderungen der Zuständigkeitsordnung herbeizuführen.

3. Die Ansätze für bezirkliche Städtefreundschaftsmaßnahmen sowie für kulturelle Laienkunst mit einem Gesamtvolumen von 94.800 € sind den bezirklichen Pauschalbeträgen zuzuschlagen.
4. Der Haushaltsplan ist nach der Erstellung des Veränderungsnachweises nochmals der BV vorzulegen, damit diese ihr Anhörungsrecht ausüben kann.“

II. Gemeinsamer Änderungsantrag aller Fraktionen:

„Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt fordert den Rat der Stadt Köln auf, auch zukünftig sicherzustellen, dass die soziale Infrastruktur in der Innenstadt mit den vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten in städtischer und freier Trägerschaft insbesondere keine Personalkürzungen in den Jugendeinrichtungen Klingelpütz und Friedenspark sowie Stadtteilbücherei Haus Balchem (Verbleib am bestehenden Ort) und die Blindenbibliothek erhalten bleibt und deren Arbeit erfolgreich fortgeführt werden kann.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig den Ergänzungsantrag und den Änderungsantrag.

Sie nimmt den Haushaltsplanentwurf 2005 und 2006 mit Investitionsprogramm bis 2008 sowie die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zur Kenntnis.

Herr Mevenkamp bittet die Verwaltung, dass zukünftig im Vorfeld der Haushaltsplanberatung ein Vertreter/eine Vertreterin der Kämmerei der Bezirksvertretung die Fragen zum Haushaltsplan beantwortet.

Er bittet außerdem um Prüfung, ob die Gewährung von Zuschüssen an Arbeitslosenzentren und für Maßnahmen der Altenhilfe (EPL 4) durch die Bezirksvertretung rechtlich möglich ist.

- 5.8 Veranschlagung bezirksorientierter Mittel gem. § 37 Abs. 3 GO NW für die Haushaltsjahre 2005 und 2006
DS-Nr. 0011/105
-

Hierzu liegt folgender Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP/KBB-Fraktion vor:

„Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt fordert den Rat der Stadt Köln auf, keine Kürzungen bei den bezirksorientierten Mitteln vorzunehmen.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und SPD den Änderungsantrag.

Sie beschließt einstimmig die so geänderte Beschlussvorlage:

„Die Bezirksvertretung des Stadtbezirkes 1 beschließt die Verwendung der bezirksorientierten Haushaltsmittel gem. § 37 Abs. 3 GO NW für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 in Höhe von je 65.800 EUR (wie Haushaltsjahr 2003/2004). Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der durch den Rat noch endgültig festzusetzenden Mittel.

Die Ausgabemittel werden gemäß Anlage zu diesem Beschluss aufgeteilt.

Einzelbeschlussvorlagen zu Projekten und Maßnahmen, die aus bezirksbezogenen Haushaltsmitteln gefördert und finanziert werden sollen, werden zu gegebener Zeit der Bezirksvertretung Innenstadt zur Entscheidung vorgelegt.

Die Bezirksvertretung 1 - Innenstadt fordert den Rat der Stadt Köln auf, keine Kürzungen bei den bezirksorientierten Mitteln vorzunehmen.“

- 5.9 Erteilung einer Erlaubnis nach § 6 Abs. 3 der Kölner Baumschutzsatzung, Erteilung durch die Bezirksvertretung gemäß Beschluss des Rates vom 26.09.1985
hier: Baumfällung von 10 Platanen auf dem Baugrundstück Kämmergasse, 50676 Köln
DS-Nr. 0024/105
-

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die vorzeitige Erlaubnis für die Baumfällungen gemäß § 6 Abs. 3 der Baumschutzsatzung zu erteilen.“

Herr Zumsteg forderte eine Liste über die Ersatzstandorte an.

Die Verwaltung hat dies zugesagt.

Frau Berscheid weist noch mal ausdrücklich darauf hin, dass die Bezirksvertretung der vorzeitigen Fällung zustimmt.

- 6.2 Aufstellung von 24 Totempfählen im Mediapark
DS-Nr. 1487/004
-

Die Vorlage wird vertagt, da sie im Kunstbeirat noch nicht behandelt wurde.

6.3 Stilllegung der Fahrtreppen am Ebertplatz
hier: Ebenerdige Querung Ebertplatz zwischen Neußer Straße und
Eigelstein
DS-Nr. 1007/004

Herr Rickers vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik trägt mündlich die geforderte
Stellungnahme der Verwaltung vor.

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt vertagt einstimmig die Vorlage mit folgenden
Optionen:

1. Die Verwaltung stellt möglichst noch vor Karneval der Bezirksvertretung die vor-
gelesene Stellungnahme zur Verfügung.
2. Sie bittet, die Möglichkeit einer Tiefgarage dort zu prüfen.

Frau Wintner bittet darauf zu achten, dass die Abdeckung so erfolgt, dass dort kein
Müll abgelagert wird.

6.4 Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG
hier: Wibbelstetz
DS-Nr.1518/004

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt stimmt einstimmig der Beschlussvorlage zu:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den Verein „Wibbelstetz e. V.“ gemäß § 75
Sozialgesetzbuch – VIII. Buch – (Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG) als Träger
der freien Jugendhilfe anzuerkennen.“

6.5 Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG
hier: KOALA e.V. - Kinder ohne den schädlichen Einfluss von Alkohol und an-
deren Drogen -
DS-Nr. 1522/004

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt stimmt einstimmig der Beschlussvorlage zu mit
dem Zusatz, dass der Bezirksvertretung Innenstadt die Satzung und das Konzept
des KOALA e. V. nachgereicht wird:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den Verein „KOALA e. V.“ gemäß § 75 Sozi-
algesetzbuch – VIII. Buch – (Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG) als Träger der
freien Jugendhilfe anzuerkennen.“

6.6 KölnProfil; Höhenentwicklungskonzept für die linksrheinische Innenstadt
DS-Nr. 0874/004

Die Beschlussvorlage wird einstimmig vertagt.

6.7 Beschluss über Anregungen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (Vorhaben- und Erschließungsplan) Nr. 66451/08
Arbeitstitel: Ehrenstraße/Alte Wallgasse in Köln-Altstadt/Nord
(Sammelumdruck vom 9.12.04)
DS-Nr. 1686/004

Frau Dr. Reimers teilt mit, dass die Anregung der Königin-Luise-Schule bezüglich der Ein- und Ausfahrt zur Tiefgarage nicht berücksichtigt wurde mit der Begründung, in der Tiefgarage parken nur Beschäftigte und Bewohner.
Sie bittet zu prüfen, ob im Bebauungsplan oder im Vertrag mit dem Investor fixiert werden kann, dass dort keine Kundenparkplätze entstehen.

Frau Helbig sagt dies zu.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig die Anregung von Frau Dr. Reimers.

Sie stimmt einstimmig der so ergänzten Vorlage zu und bittet die nachfolgenden Gremien, dieser Anregung zu folgen:

„Der Rat beschließt,

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (Vorhaben- und Erschließungsplan) Nr. 66451/08 für das Gebiet zwischen der Nordseite der Ehrenstraße, der östlichen Grenze des Hausgrundstücks Ehrenstraße 68, der östlichen und südlichen Grenze des Spielplatzgrundstücks an der Alten Wallgasse und der Westseite der Alten Wallgasse in Köln-Altstadt/Nord – Arbeitstitel: Ehrenstraße/Alte Wallgasse in Köln-Altstadt/Nord – eingegangenen Anregungen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) Nr. 66451/08 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2 141) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.
3. dass die Verwaltung aufgefordert wird zu prüfen, ob im Bebauungsplan oder im Vertrag mit dem Investor fixiert werden kann, dass dort keine Kundenparkplätze entstehen.“

6.8 Beschluss über die Aufstellung eines B-Planes
Arbeitstitel: Siegburger Straße/Poller Kirchweg in Köln-Deutz
DS-Nr. 1690/004

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt stimmt einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Siegburger Straße, Am Schnellert und Polleer Kirchweg in Köln-Deutz – Arbeitstitel: Siegburger Straße/Poller Kirchweg in Köln-Deutz – aufzustellen mit dem Ziel, u. a. ein Gewerbegebiet mit dem Ausschluss von Einzelhandel festzusetzen.“

6.9 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 67463/07 -Offenlagebeschluss-
Arbeitstitel: „AfriCola-Haus“ in Köln Altstadt/Nord
DS-Nr. 1689/004

Frau Dr. Reimers stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden mündlichen Ergänzungsantrag:

„Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt, die Zulieferung nicht durch die Domstraße erfolgen zu lassen, sondern entlang der Tunisstraße einen entsprechenden Ladebereich zu schaffen.

Zum anderen darf auch der Tiefgaragen- und Parkhausverkehr nicht durch das Viertel zu- oder abfließen.“

Herr Mevenkamp konkretisiert den Antrag wie folgt:

„Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Einfahrt von der Turiner Straße im Bereich Dagobertstraße erfolgen kann und die Ausfahrt im Bereich Turiner Straße/Thürmchenswall.“

Herr Reiferscheid schließt sich diesen Anträgen an und bittet, dass die endgültige Planung der Bezirksvertretung Innenstadt vom Investor vorgestellt wird.

Frau Helbig stellt dem Büro des Bezirksvorstehers eine Broschüre über die zukünftige Planung zur Verfügung.

Herr Hupke fasst zusammen, dass dem modifizierten Ergänzungsantrag alle Fraktionen zustimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt beschließt einstimmig den Ergänzungsantrag.

Sie stimmt einstimmig der so geänderten Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Ausschuss, der Anregung zu folgen:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Bebauungsplan Nr. 67463/07 für das Gebiet zwischen Turiner Straße, Thürmchenswall, Domstraße und Dagobertstraße in Köln-Altstadt/Nord – Arbeitstitel: „AfriCola-Haus“ in Köln-Altstadt/Nord – zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen;
2. von einer vorgezogenen Beteiligung der Bürger nach § 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB abzusehen;
3. die Zulieferung nicht durch die Domstraße erfolgen zu lassen, sondern entlang der Tunisstraße einen entsprechenden Ladebereich zu schaffen.
Zum anderen darf auch der Tiefgaragen- und Parkhausverkehr nicht durch das Viertel zu- oder abfließen.
4. dass die Verwaltung aufgefordert wird, als eventuelle erforderliche Alternative zu prüfen, ob die Einfahrt von der Turiner Straße im Bereich Dagobertstraße erfolgen kann und die Ausfahrt im Bereich Turiner Straße/Thürmchenswall.“

6.10 Erweiterung der Deutz-Kalker Straße durch einen zweiten Linksabbieger DS-Nr.1497/004

Herr Kretschmer teilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass sie keinen Bedarf für die Erweiterung sehen.

Herr Schenk fragt, wie es kommt, dass in der Vorlage die Rede von 15 Bäumen, in der Stellungnahme jedoch 18 Bäume erwähnt werden.
Er fragt, wo diese 18 Bäume stehen. Dies sollte erst einmal genau erläutert werden.
Es fehlt auch noch die Stellungnahme zu der Frage, ob die Fällungen verhindert werden können.

Beschluss:

„Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt einstimmig die Vertagung der Beschlussvorlage. Die Verlängerung der 6-Wochen-Frist muss beantragt werden.“

6.11 Köln-Kolleg, Judenkirchshofweg 6, 50679 Köln
Erneuerung des naturwissenschaftlichen Bereichs
DS-Nr.1671/004

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt stimmt einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu:

- „1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, die Erneuerung von naturwissenschaftlichen Räumen (A 105 Biologie, A 205 u. A 206 Chemie/Biologie, A 207 Chemie/Biologie des Köln-Kolleg, Judenkirchhofsweg 6, 50679 Köln, bei Gesamteinrichtungskosten in Höhe von 166.000,00 Euro.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Kassenmitteln für das Haushaltsjahr 2004 in Höhe von 166.000,00 Euro bei neuer Haushaltsstelle 2300.935.4516.1, B Gym. Judenkirchhofsweg – Fachräume NW -.“

6.12 Verlängerung des Gestattungsvertrages für den Musical Dome 2010
DS-Nr. 0019/005

Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und ein Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vor (Anlage 1 und 2).

Herr Goormann bittet, dass die Außenbeleuchtung heruntergefahren wird. Der Grad der Beleuchtung soll mit dem Stadtkonservator und der Dombaumeisterin abgestimmt werden.

Herr Zumsteg schlägt vor, im Antrag der CDU-Fraktion die Formulierung „Die BV 1 bittet die Verwaltung....“ durch „Die BV 1 bittet den Rat, die Verwaltung zu beauftragen....“ zu ersetzen.

Im letzten Satz bittet er, dass Wort „eventuell“ einzufügen, damit auch andere Musicalstandorte geprüft werden. Der Antragsteller ist damit einverstanden.

Beschluss:

Die BV 1 beschließt einstimmig die beiden Anträge. Sie stimmt einstimmig der so ergänzten und geänderten Beschlussvorlage zu und bittet die nachfolgenden Gremien, den Anregungen zu folgen:

„Der Rat beschließt, den Gestattungsvertrag für den Musical Dome bis 30.11.2009 (= prognostiziertes Ende des U-Bahn-Baus am Breslauer Platz) zu verlängern.

Sie bittet den Rat, die Verwaltung zu beauftragen, der Bezirksvertretung 1 einen Zeit- und Maßnahmenplan für die zukünftige Gestaltung des Breslauer Platzes vorzulegen. Es soll außerdem geprüft werden, ob mit der Umgestaltung des Breslauer Platzes unmittelbar nach Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn begonnen werden kann.

Dabei ist ebenfalls zu prüfen, ob und wie ein Musical-Standort eventuell dort eingeplant und realisiert werden kann.

Die Außenbeleuchtung soll heruntergefahren und der Grad der Beleuchtung mit dem Stadtkonservator und der Dombaumeisterin abgestimmt werden.“